

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXIII

1. Kapitel. Grundlagen der internationalen Zusammenarbeit in Strafsachen

I. Grundfragen	1
1. Traditionelle Rechtshilfe und neuere Formen der internationalen strafrechtlichen Zusammenarbeit	1
2. Übertragung der Strafverfolgung	3
3. Das „Internationale“ Strafrecht	5
II. Rechtliche Grundlagen	6
1. Innerstaatliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften	6
2. Völkerrechtliche Verträge und Rechtsakte	8
a) Völkerrechtliche Verträge als Grundlage grenzüberschreitender Zusammenarbeit	8
b) Der Europarat und seine Übereinkommen	10
c) Schengen und die Europäische Union	11
3. Innerstaatliches Recht und Völkerrecht	24
4. Bereichsspezifische Regelungen	28
III. Grundprinzipien	33
1. Allgemeine Voraussetzungen der Rechtshilfe	34
a) Gegenseitigkeit	34
b) Beiderseitige Straf- und Verfolgbarkeit	34
2. Der Grundsatz der Spezialität	36
3. Der Grundsatz des Ordre Public und die Rechtshilfehindernisse	37
IV. Allgemeine Verfahrensfragen	39
1. Vornahme und Bewilligung	39
2. Geschäftswege	40
3. Grenzüberschreitende hoheitliche Handlungen	40
a) Unmittelbares Tätigwerden deutscher Behörden im Ausland	40

b) Inanspruchnahme deutscher Auslandsvertretungen	41
c) Zwischen- und überstaatliche Einrichtungen und die Zusammenarbeit mit ihnen	42
4. Kosten von Rechtshilfehandlungen	48
5. Rechtsauskünfte	48
V. Polizeilicher Rechtshilfeverkehr	49
1. Befugnisse und Bewilligungsbehörden	49
2. Geschäftsweg	50
VI. Rechte Betroffener im Rechtshilfeverfahren	51
1. Rechtsstellung und Schutz betroffener Personen	51
2. Verteidigung	52
3. Akteneinsicht	53
4. Anfechtbarkeit der Bewilligungsentscheidung	54

2. Kapitel. Der Auslieferungsverkehr

I. Rechtliche Grundlagen der Auslieferung	56
II. Internationale Fahndung	57
1. Verhältnis von Fahndung und Auslieferung	57
2. Grundsätze der internationalen Fahndung	58
3. Fahndung im Schengener Informationssystem	59
III. Das Auslieferungsverfahren	61
1. Das Verfahren bei eingehenden Ersuchen (Auslieferung)	61
a) Verfahrensweise nach einem Fahndungserfolg	61
b) Förmliches Auslieferungsverfahren	63
c) Auslieferungshaft	77
aa) Vorläufige Auslieferungshaft	77
bb) Förmliche Auslieferungshaft	81
d) Überstellung	86
2. Das Verfahren bei ausgehenden Ersuchen (Einlieferung)	88
a) Fahndung nach einem im Ausland befindlichen Straftäter	88
b) Auslieferungersuchen im förmlichen Verfahren	91
3. Vereinfachte Auslieferung	97
a) Grundlagen	97
b) Eingehende Ersuchen	98
4. Spezialitätsschutz	100
a) Umfang	100

b) Spezialitätsschutz bei der Auslieferung	102
c) Spezialitätsschutz bei der Einlieferung	104
d) Verzichtbarkeit	106
5. Weitere Einzel- und Verfahrensfragen	107
a) Mehrheit von Auslieferungsersuchen	107
b) Anrechnung von Auslieferungshaft auf die Strafe	107
c) Das Verhältnis der Auslieferung zu Abschiebung und Ausweisung	108
IV. Materielle Auslieferungsvoraussetzungen	109
1. Gegenseitigkeit	109
2. Beiderseitige Straf- und Verfolgbarkeit	109
3. Mindestsanktionsgrenzen	111
V. Auslieferungshindernisse	111
1. Auslieferungshindernisse auf Grund der persön- lichen Verhältnisse der verfolgten Person	112
a) Auslieferung eigener Staatsangehöriger	112
b) Individuelle Härtegründe	119
2. Nichtauslieferungsvorbehalte	121
a) Militärische und Fiskaldelikte	121
b) Das Auslieferungshindernis des politischen Delikts	121
c) Rechtsstaatswidrige Verfolgung	123
d) Verhältnis von Auslieferungs- und Asylver- fahren	125
3. Strafe und Vollzug	127
a) Todesstrafenproblematik	127
b) Übermäßig harte Bestrafung	127
c) Unmenschliche Behandlung	129
4. Rückwirkungs- und Strafschärfungsverbot	130
5. Konkurrierende Strafgerichtsbarkeit	130
6. Verjährung und Zeitablauf	131
7. Abwesenheitsverfahren	132
VI. Durchlieferung	135

3. Kapitel. Der Vollstreckungshilfeverkehr

I. Bedürfnis und Grundlagen	137
1. Die Vollstreckungshilfe als Element effektiver Straf- rechtspflege	137
2. Grundlagen der Vollstreckungshilfe nach deutschem Recht	138

	Seite
II. Voraussetzungen und Verfahren im vertraglosen Vollstreckungshilfeverkehr	139
1. Eingehende Ersuchen (§§ 48 ff. IRG)	139
2. Ausgehende Ersuchen (§ 71 IRG)	141
III. Überstellungsübereinkommen vom 21. März 1983	144
1. Ausgehende Ersuchen	144
a) Materielle Voraussetzungen und Verfahren	144
b) Festhaltenanordnung	150
c) Verfahren bei Ablehnung eines ausgehenden Ersuchens nach dem Überstellungsübereinkommen und Rechtsschutz	153
2. Eingehende Ersuchen	155
a) Materielle Voraussetzungen	156
b) Verfahren	157
c) Weitere Vollstreckung	164
3. Weitere Fragen des Überstellungsverkehrs	164
a) Auswirkungen der Überstellungsmöglichkeit auf das innerstaatliche Recht	164
b) Flucht in den Heimatstaat	165
c) Vollstreckungshilfe bei Ausweisung	166
d) Vollstreckungshilfe bei vorangegangener Auslieferung	168
e) Vollstreckungshilfe nach abgelehnter Auslieferung deutscher Staatsangehöriger	169
4. Freiheitsstrafenvollstreckung in der Europäischen Union	170
a) Überstellung verurteilter Personen	170
b) Vollstreckung von Bewährungsstrafen	170
IV. Vollstreckungshilfe bei Geldstrafen und Geldbußen	171
1. EG-Vollstreckungsübereinkommen	171
2. RB-Geld	172
a) Eingehende Ersuchen	172
aa) Voraussetzungen	172
bb) Verfahren	173
cc) Rechtsmittel	174
dd) Vollstreckung	175
b) Ausgehende Ersuchen	175
aa) Voraussetzungen	175
bb) Verfahren	176

4. Kapitel. Der Sonstige Rechtshilfeverkehr

I. Rechtsgrundlagen	177
II. Voraussetzungen, Form- und Verfahrensfragen	178
1. Materielle Zulässigkeitsvoraussetzungen	178
2. Formelle Anforderungen an ein Rechtshilfeersuchen .	180
3. Verfahrensfragen eingehender Ersuchen	183
III. Traditionelle Methoden grenzüberschreitender Rechts- hilfe	184
1. Erteilung von Auskünften und Übermittlung von Auszügen aus dem Strafregister	185
2. Zustellung von Verfahrensurkunden und gericht- lichen Entscheidungen	186
a) Voraussetzungen und Verfahren	186
b) Besonderheiten bei der Zustellung von Ladungen	188
3. Vernehmung von Zeugen, Sachverständigen und Beschuldigten	189
4. Herausgabe von Gegenständen, Schriftstücken und Akten zu Beweis Zwecken	190
5. Durchsuchung und Beweismittelbeschlagnahme	193
6. Teilnahme von Verfahrensbeteiligten an Rechtshilfe- handlungen im Ausland	197
7. Vorübergehende Überstellung einer inhaftierten Person als Zeuge, zur Gegenüberstellung oder zur Augenscheinseinnahme	198
IV. Grenzüberschreitende moderne Ermittlungsmethoden	199
1. Traditionelle und moderne Ermittlungsmethoden	199
2. Grenzüberschreitende Anwendung nicht-operativer moderner Ermittlungsmethoden	200
a) Gewinnung und Auswertung von DNA- Trägermaterial	201
b) Vernehmung per Videokonferenz	203
c) Gemeinsame Ermittlungsgruppen	209
3. Grenzüberschreitende operative Maßnahmen	211
a) Allgemeines	211
b) Überwachung des Fernmeldeverkehrs	212
c) Grenzüberschreitende Observation	214
d) Kontrollierte Lieferungen	217
e) Einsatz verdeckter Ermittler	218
f) Inanspruchnahme von Informanten und Vertrau- enspersonen	222
g) Einsatz technischer Geräte	223

V. Verwertbarkeit im Ausland gewonnener Erkenntnisse	223
--	-----

5. Kapitel. Grenzüberschreitende Gewinnabschöpfung

I. Beschlagnahme und Herausgabe von Vermögenswerten	228
1. Rechtshilferechtliche Voraussetzungen der Herausgabe und der Beschlagnahme von Gegenständen	228
2. Beschlagnahme und Herausgabe eines Bankguthabens	231
a) Durchführung der Beschlagnahme	231
b) Art und Weise der Herausgabe	231
c) Möglichkeiten ausländischer Geschädigter	234
II. Vollstreckungshilfe bei Verfall und Einziehung	235
1. Vertragliche und vertraglose Vollstreckungshilfe	235
a) Völkerrechtliche Regelungen	235
b) Vertraglose Vollstreckungshilfe	236
2. Das Vollstreckungshilfeverfahren nach dem IRG	237
3. Vollstreckungshilfe mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei Einziehung und Verfall	241
a) Voraussetzungen der Vollstreckung eingehender Ersuchen	241
b) Verfahren bei eingehenden Ersuchen	243
c) Ausgehende Ersuchen	244

6. Kapitel. Die Internationalisierung des Verbots doppelter Strafverfolgung

I. Konkurrierende Gerichtsbarkeit und Internationalisierung der Strafverfolgung	245
II. Verbote mehrfacher Strafverfolgung mit grenzüberschreitender Wirkung	248
III. Das teileuropäische ne bis in idem	250
1. Konkretisierung durch den Gerichtshof der Europäischen Union	250
2. Tatbestandliche Voraussetzungen des teileuropäischen ne bis in idem	252
a) Identität der Tat	252
b) Rechtliche Qualität der Entscheidung	255
aa) Gerichtliche Entscheidungen	255
bb) Behördliche Entscheidungen	257
cc) Verfallsanordnungen	259
3. Reichweite des Doppelverfolgungsverbots	259
Sachverzeichnis	261